

**10 Jahre**

**Chance Thurgau (1996)**

**Chance Thurgau PLUS (2002)**

**Schlussbericht vom November  
2005**

## **Vorwort des Regierungsratspräsidenten**

«...Die Arbeit von TIHK und TGV erfolgt nicht uneigennützig. Die Unternehmer der beiden Verbände fühlen sich mit dem Thurgau verbunden...»

Dieser Satz aus dem Vorwort der Präsidenten zur Chance Thurgau im Herbst 1996 bedeutete ein noch nie so direkt ausgesprochenes Bekenntnis von Gewerbe und Wirtschaft zum Standort Thurgau. 10 Jahre danach dürfen wir mit Genugtuung feststellen, dass die Idee der Verbandspräsidien von IHK und TGV, mit einem Thesenpapier und Forderungskatalog an die Politik zu gelangen, ein erfolgreiches Jahrzehnt an Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik eingeleitet hat.

Wenn wir heute über Chance Thurgau Bilanz ziehen und rund 80 Prozent der Forderungen als erfüllt abhaken können, so ist dies sehr erfreulich. Noch erfreulicher ist dabei die Tatsache, dass sich ein gemeinsamer Prozess zwischen Politik und Wirtschaft entwickelt hat. Trotz anfänglich unterschiedlicher Vorstellungen über Mitteleinsatz, Prozesssteuerung und Zeitachse entwickelte sich Chance Thurgau zu einer wirksamen Plattform gemeinsamer Zieldefinition, zu einem Diskussionsforum über mittel- und langfristige Herausforderungen und zu einem Gefäss, in welchem Vertrauen zwischen den einzelnen Akteuren aufgebaut werden konnte.

«Nicht die Krise, sondern die Zukunft gestalten» war eine der medialen Schlagzeilen beim Start von Chance Thurgau. Zehn Jahre später stellen wir fest, dass die Arbeit trotz aller erreichten Ziele weitergeht, dass Wandel zur Konstanten geworden ist, dass Politik und Wirtschaft gefordert bleiben, sich zugunsten einer prosperierenden Volkswirtschaft weiter zu engagieren. Erreichte Zwischenziele ermöglichen einen verdienten Marschhalt. Dieser ist aber in erster Linie dazu zu nutzen, weiter in die Zukunft zu denken. Neue Routen sind zu definieren, die Überzeugung ist zu erneuern und zu stärken, dass gemeinsame Prozesse zielführend sind und Erfolg bringen. Dies wünsche ich allen künftigen Akteuren der Chance Thurgau.

Schliesslich danke ich im Namen des Regierungsrates allen herzlich, die Chance Thurgau ermöglicht und mitgetragen haben.

Roland Eberle  
Regierungspräsident

## A. Entstehungsgründe

Wirtschaftsverbände haben sich für die Interessen der Mitglieder einzusetzen. Dafür werden sie von den Mitgliedern bezahlt.

Die IHK Thurgau handelte bis Mitte der 90-er Jahre auf Vorstösse anderer vor allem reaktiv. Hier und da gelang es, für die Wirtschaft schädliche Entwicklungen zu verhindern. Häufig stand die IHK bei eingeleiteten Prozessen jedoch bereits mit dem Rücken zur Wand. Das Parlament operierte mit wenigen Ausnahmen häufig nicht wirtschaftsbezogen. Die Wirtschaft hat in der Exekutive und Legislative kaum initiierende Stimme und Kraft.

Aus diesen Erkenntnissen heraus beschloss die IHK Thurgau gegen Ende des Jahres 1995, proaktiv auf die Wirtschaftspolitik des Kantons Einfluss zu nehmen. Äusserer Auslöser war damals auch der 1995 erschienene Strukturbericht, der dem Kanton Thurgau für die künftige wirtschaftliche Entwicklung düstere Prognosen machte und auch von einem Rückgang der Beschäftigung ausging. Gleichzeitig erhöhten externe Liberalisierungen wie GATT/WTO und EU-Binnenmarkt, das hohe Preis- und Lohnniveau in der Schweiz sowie die Informationstechnologie den Druck auf die Schweizer Wirtschaft.

## B. Chance Thurgau (1996)

### 1. Vorgehen

Im Gegensatz zu einigen später erscheinenden Wirtschaftsprogrammen anderer Institutionen, beauftragte die IHK Thurgau nicht Dritte mit der Ausarbeitung einer allenfalls theoretischen Studie. Sie wählte einen pragmatischen Ansatz. Zunächst holte sie den Thurgauer Gewerbeverband mit ins Boot. In der Folge prüften 40 Personen aus Wirtschaft und Politik verschiedene von den Verbänden vorgeschlagene Massnahmen und entwickelten auch neue Ideen. Im September 1996 konnten die beiden Wirtschaftsverbände unter dem Titel «Chance Thurgau» 38 sehr konkrete und relativ kurzfristig umsetzbare Massnahmenvorschläge präsentieren.

Die Initiative der Verbände wurde im ersten Moment verschiedenerseits mit Zurückhaltung aufgenommen. Die Politik war nicht gewohnt, dass die Wirtschaft selbst aktiv und vorausgehend die Führungsrolle übernahm. Die «Chance Thurgau» wurde von einem Umsetzungs- und Kommunikationskonzept begleitet. Die Wirtschaftsverbände führten mit allen Regierungsräten, Behörden, Parteien und Interessengruppierungen unzählige Präsentationen und Besprechungen durch. Der Regierungsrat und alle Parteien nahmen in der Folge die Anliegen der Wirtschaft auf und lancierten politische Vorstösse oder setzten die Vorschläge direkt um.

## 2. Zielerreichung und Erfüllungsgrad

### a) Übergeordnete Zielsetzungen

Aufgrund der in den 90-er Jahren herrschenden hohen Arbeitslosigkeit, setzte sich die Chance Thurgau zum Ziel, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Betrachtet man gestützt auf die – nur alle paar Jahre stattfindenden – Betriebszählungen ergebenden Beschäftigtenzahlen, lassen sich folgende Entwicklungen feststellen:

- Zwischen den Jahren 1996 bis 2001 nahm im Kanton Thurgau die Zahl der Arbeitsplätze um 2'498 zu. Dies entspricht 658 Vollzeitäquivalenten.
- In Prozenten ausgedrückt nahm die Beschäftigung in diesem Zeitraum im Thurgau um 2,78% zu. Im Vergleich dazu stieg der durchschnittliche schweizerische Beschäftigungsgrad um 3,4%. In Vollzeitäquivalenten gerechnet betrug der Zuwachs im Thurgau 0,8%, in der Schweiz 2%.
- Betrachtet man den ganzen Zeitraum von 1985 bis 2001, in denen Betriebszählungen durchgeführt wurden, ergibt sich im Thurgau eine Beschäftigungszunahme von gut 15%, in der Schweiz von durchschnittlich ca. 12%.
- Obwohl die Beschäftigtenzahlen im Thurgau relativ zu denjenigen der Schweiz abnahmen, entwickelte sich die Arbeitslosenquote im Thurgau im Verhältnis zu derjenigen der Schweiz über alle Zeiträume günstiger. Die Arbeitslosenquote im Kanton Thurgau betrug Ende des Jahres 2004 3,1%, diejenige der Schweiz 3,9%. Der Anteil Stellensuchender betrug Ende letzten Jahres im Kanton Thurgau 4,7%, derjenige in der gesamten Schweiz 5,6%.

### b) Erfüllungsgrad der Massnahmenvorschläge

Von den 38 Massnahmenvorschlägen der Chance Thurgau wurden 21 Massnahmen zu 100%, 14 Massnahmen teilweise und 3 Massnahmen gar nicht umgesetzt.

Der durchschnittliche Erfüllungsgrad beträgt 80%.

## C. Chance Thurgau PLUS (2002)

### 1. Vorgehen

Die im November 2002 publizierte «Chance Thurgau PLUS» enthielt 30 Massnahmenvorschläge. Davon betrafen fünf Vorschläge laufende oder neue Projekte der Wirtschaftsverbände selbst.

Die Chance Thurgau PLUS wies im Verhältnis zur ursprünglichen Chance Thurgau teilweise ergänzenden Charakter auf. Einige Vorschläge aus der Chance Thurgau wurden nochmals aufgenommen.

In zweierlei Hinsicht unterschied sich jedoch das jüngere Rahmenprogramm vom älteren:

- Einige Massnahmenvorschläge der Chance Thurgau PLUS wiesen eine langfristige Perspektive auf und benötigen für die Umsetzung mehrere Jahre.
- Neben dem Thurgauer Gewerbeverband konnte neu auch der Thurgauer Bauernverband für die Mitarbeit gewonnen werden. Diese in der Schweiz wohl einzigartige Zusammenarbeit kam aufgrund der integrativen Rolle der drei Präsidenten zustande.

### 2. Zielerreichung und Erfüllungsgrad

#### a) Übergeordnete Zielsetzungen

Das Wachstum einer Volkswirtschaft wird jährlich durch das so genannte Bruttoinlandprodukt gemessen. Für die Kantone gibt es keine BIP-Berechnungen. Die volkswirtschaftliche Leistung eines Kantons kann darum nur anhand der Summe verschiedener Indikatoren annäherungsweise erfasst werden. Einer dieser Indikatoren ist das Volkseinkommen pro Kopf. Es setzt sich aus dem Einkommen der privaten Haushalte, der Kapitalgesellschaften und derjenigen der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen zusammen.

Die drei Wirtschaftsverbände haben für die Chance Thurgau PLUS folgende ambitionierten, übergeordneten Zielsetzungen festgelegt:

- Die Zunahme des Thurgauer Volkseinkommens pro Kopf und Jahr liegt regelmässig über dem schweizerischen Durchschnitt.
- Das Thurgauer Volkseinkommen pro Kopf liegt in zehn Jahren über dem schweizerischen Durchschnitt.

Die Angaben über das Volkseinkommen liegen jeweils mit grosser zeitlicher Verzögerung vor. Gegenwärtig ist das Jahr 2002 definitiv und das Jahr 2003 provisorisch erfasst.

Das Volkseinkommen pro Kopf des Kantons Thurgau liegt seit Jahren stark unter dem schweizerischen Durchschnitt. Im Jahr 2000 betrug es 87% des schweizerischen Durchschnitts. Im Jahr 2001 holte der Thurgau kurz auf, während die Werte 2002 und 2003 wieder auf gut 84% zurückfielen. Es ist jedoch verfrüht, über die Erreichung der übergeordneten Zielsetzung definitiv Aussagen zu machen.

#### b) Erfüllungsgrad der Massnahmenvorschläge

Von den 30 Massnahmenvorschlägen der Chance Thurgau PLUS wurden 18 Massnahmen zu 100%, 9 Massnahmen teilweise und 3 Massnahmen gar nicht umgesetzt.

Der durchschnittliche Erfüllungsgrad beträgt 81%.

## D. Fazit

### 1. Vorgehen und Zusammenarbeit

Wie einleitend bemerkt war es für die Wirtschaftsverbände ein Novum, selbst proaktiv auf die Politik Einfluss zu nehmen. Neben der Übernahme von erhöhter Verantwortung setzt ein solches Vorgehen einen hohen Aufwand an Analysen und Abklärungen voraus. Aufgrund der Breite der beiden Massnahmenpakete waren die personellen Ressourcen auf den Geschäftsstellen der Verbände stark gefordert. Teilweise konnten einzelne Massnahmen nicht genügend begleitet und umgesetzt werden. Für die Zukunft ist darum zu überlegen, sich noch mehr auf die wichtigen Massnahmen zu beschränken.

Bei der Umsetzung der Programme wurden alle Interessengruppierungen von den Wirtschaftsverbänden mehrere Male zu Besprechungen und Beratungen eingeladen. Bei der Umsetzung der Chance Thurgau PLUS wurden jedoch wesentlich weniger solche Zusammenkünfte durchgeführt. Die Besprechungen mit den bürgerlichen Parteien sind seither seit Jahren institutionalisiert. Bei der Unternehmenssteuerreform 1999 fanden die Wirtschaftsverbände jedoch vor allem auch Unterstützung durch die SP. Die Gewerkschaften im Kanton Thurgau sind bei verschiedenen Themen nicht a priori wirtschaftsfeindlich. In Zukunft ist der Kontakt mit SP, Grünen und Gewerkschaften zu bestimmten Sachfragen zu intensivieren.

Die Lancierung der beiden Programme hat die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und den Wirtschaftsverbänden gestärkt. Zwar ergaben sich im Jahr

2000 Meinungsverschiedenheiten und entsprechende Auseinandersetzungen zur Steuerpolitik. Diese haben sich aber gelegt, als der Regierungsrat zusammen mit der Steuerverwaltung verschiedene Steuersenkungsmassnahmen ergriffen hat. Die Richtlinien des Regierungsrates für die Legislaturperiode 2004 bis 2008 werden von den Wirtschaftsverbänden ausdrücklich unterstützt. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung und Ausrichtung des Regierungsrates ist der konstruktiv-kritische Dialog fortzusetzen.

## 2. Zielerreichung und Erfüllungsgrad

Von den insgesamt 68 Massnahmenvorschlägen beider Programme wurden 39 Massnahmen zu 100%, 23 Massnahmen teilweise und 6 Massnahmen gar nicht umgesetzt. Der durchschnittliche Erfüllungsgrad beider Programme beträgt gut 80%. Das ist wesentlich mehr als die Wirtschaftsverbände sich zu Beginn erhofft haben. Diese Wertung ist ungewichtet. In negativer Hinsicht wiegt die hinausgeschobene Erschliessung des Mittel- und Oberthurgaus schwer. Durch die neuen S-Bahnanschlüsse wurden wenigstens im öffentlichen Verkehr Fortschritte erzielt. Als am Erfreulichsten werten die Wirtschaftsverbände die kontinuierlich umgesetzten Senkungen in der Steuerbelastung.

Der Beschäftigungsgrad im Kanton Thurgau nahm in der Periode 1996 bis 2001 im Verhältnis zu demjenigen der Schweiz ab. Der Strukturbericht von 1995 (Seite 65) ging damals noch von einer stagnierenden beziehungsweise sogar rückläufigen Beschäftigtenzahl aus. Tatsächlich nahm die Beschäftigtenzahl in dieser Periode jedoch zu. Die übergeordnete Zielsetzung der Chance Thurgau ist damit erreicht. Die nächsten provisorischen Daten zur Beschäftigung werden auf Mitte des nächsten Jahres erwartet.

Für die Beurteilung der Entwicklung des Volkseinkommens seit 2002 ist es noch zu früh. Fest steht, dass das Ziel, dass das Volkseinkommen des Kantons Thurgau jedes Jahr stärker steigt als das gesamtschweizerische Volkseinkommen, im Jahr 2003 nicht erreicht wurde. Ob die längerfristige Zielsetzung, dass das Volkseinkommen im Jahr 2012 über dem schweizerischen Mittel liegt, erreicht wird, wird sich zeigen. Das im Verhältnis zur übrigen Schweiz tiefe Durchschnittsalter der Thurgauer Bevölkerung lässt in nächster Zukunft eher nicht darauf schliessen. Zudem sind die so genannt wertschöpfungsstarken Branchen wie Pharma oder Finanzen im Thurgau nach wie vor untervertreten. Umgekehrt betrachtet ist der Kanton Thurgau aufgrund seiner heterogenen Branchenstruktur jedoch weniger von der Performance einzelner Wirtschaftszweige abhängig. Durch die in den nächsten beiden Jahren wirksam werdenden Entlastungen bei den Unternehmenssteuern sind vermehrt Direktinvestitionen in den Standort Thurgau zu erwarten. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Kanton Thurgau bei der Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften im interkantonalen Vergleich langfristig mindestens zu den fünf attraktivsten Kantonen der Schweiz gehört und die Belastung auf jeden Fall tiefer ist, als diejenige der Nachbarkantone.

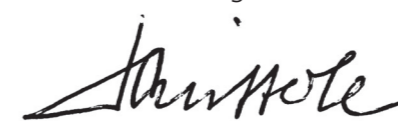
## 3. Dank und Ausblick

Ein Schlussbericht ist retrospektiv und äussert sich nicht über die Zukunft. Die Wirtschaftsverbände sind daran, eine erste Auslegeordnung über künftige Vorschläge zu machen. Dabei analysieren sie auch, welche Massnahmen aus den beiden bisherigen Programmen allenfalls wieder aufgenommen werden sollen. Ein neues Programm wird im Laufe des Jahres 2006 vorgestellt werden.

Nach Abschluss der Ära «Chance Thurgau» und «Chance Thurgau PLUS» danken die Wirtschaftsverbände allen, die sich für die Realisierung der Vorschläge eingesetzt haben. Das sind neben dem Regierungsrat die Parteien, aber auch viele Politiker selbst. Die Programme haben zu einem Umdenken geführt. Dazu beigetragen hat sicher auch die wirtschaftliche Stagnation in den 90er Jahren. Wahrscheinlich sind die Zeichen der Zeit jedoch nicht genügend erkannt worden. Es ist unausweichlich, dass eine Verlagerung des Wachstums und des Wohlstandes aus dem Westen, insbesondere aus Europa, in andere Regionen stattfindet. Nicht akzeptabel ist es jedoch, dass der Staat und die Staatsausgaben, insbesondere des Bundes, stärker wachsen als die Wirtschaft. Dies zu verhindern, ist in nächster Zukunft prioritäre Aufgabe aller.

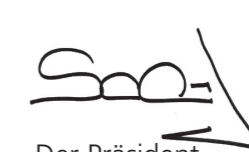
November 2005/PM

IHK Thurgau



Der Präsident  
Peter A. Schifferle

Thurg. Gewerbeverband



Der Präsident  
Peter Schütz

Thurg. Bauernverband



Der Präsident  
Andreas Binswanger

## Anhänge

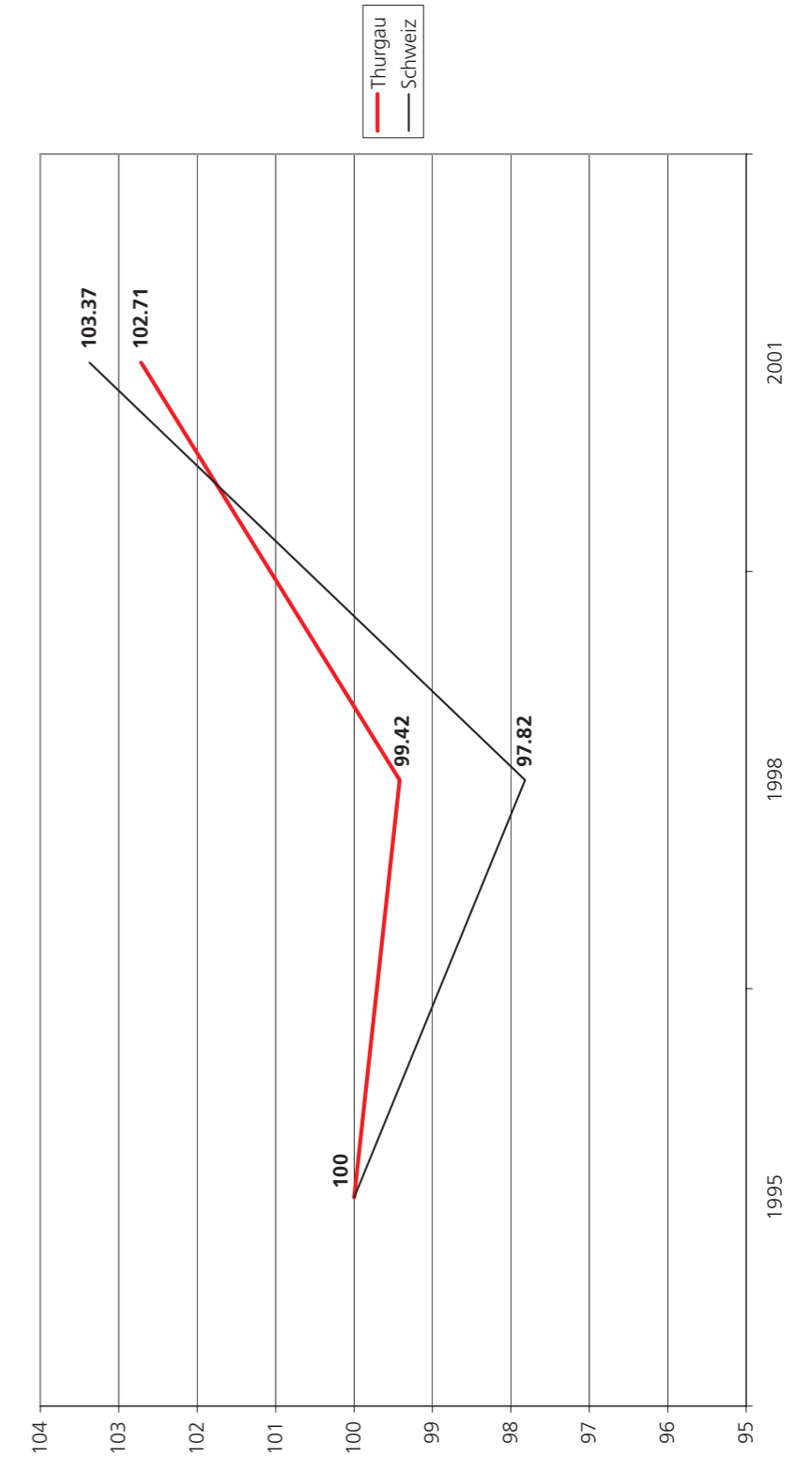
- I Beschäftigung 1995 – 2001
- II Beschäftigung 1985 – 2001
- III Beschäftigung 1995 – 2001 in Vollzeitäquivalenten
- IV Arbeitslosenquote – Jahresdurchschnitte 1985 -2005
- V Volkseinkommen pro Kopf 1998 – 2003
- VI Volkseinkommen pro Kopf – Vorjahresveränderungen
- VII Übersicht Massnahmen Chance Thurgau (1996) – Erfüllungsgrad
- VIII Übersicht Massnahmen Chance Thurgau PLUS (2002) – Erfüllungsgrad

Die Wirtschaftsverbände danken Frau Dr. Baldenweg-Bölle, Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau und Frau Carmen Welter-Gugger, Amt für Wirtschaft und Arbeit, für die Erstellung der Statistiken zum Beschäftigungsgrad, dem Volkseinkommen und den Arbeitslosenquoten.

## Anhang I

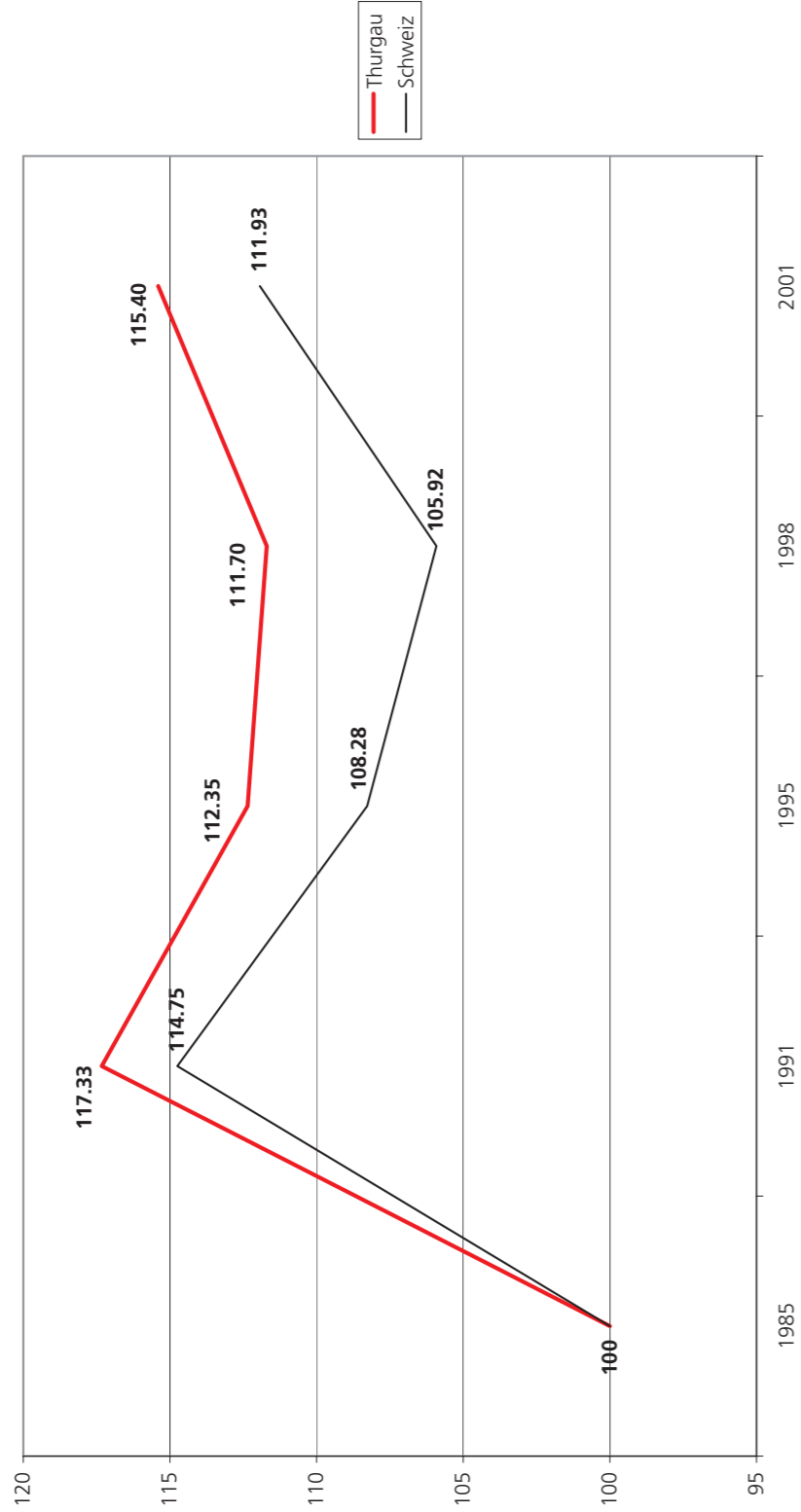
Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau

**Entwicklung der Beschäftigung seit 1995  
In Anzahl Beschäftigte, Index 1995=100**



Anhang II

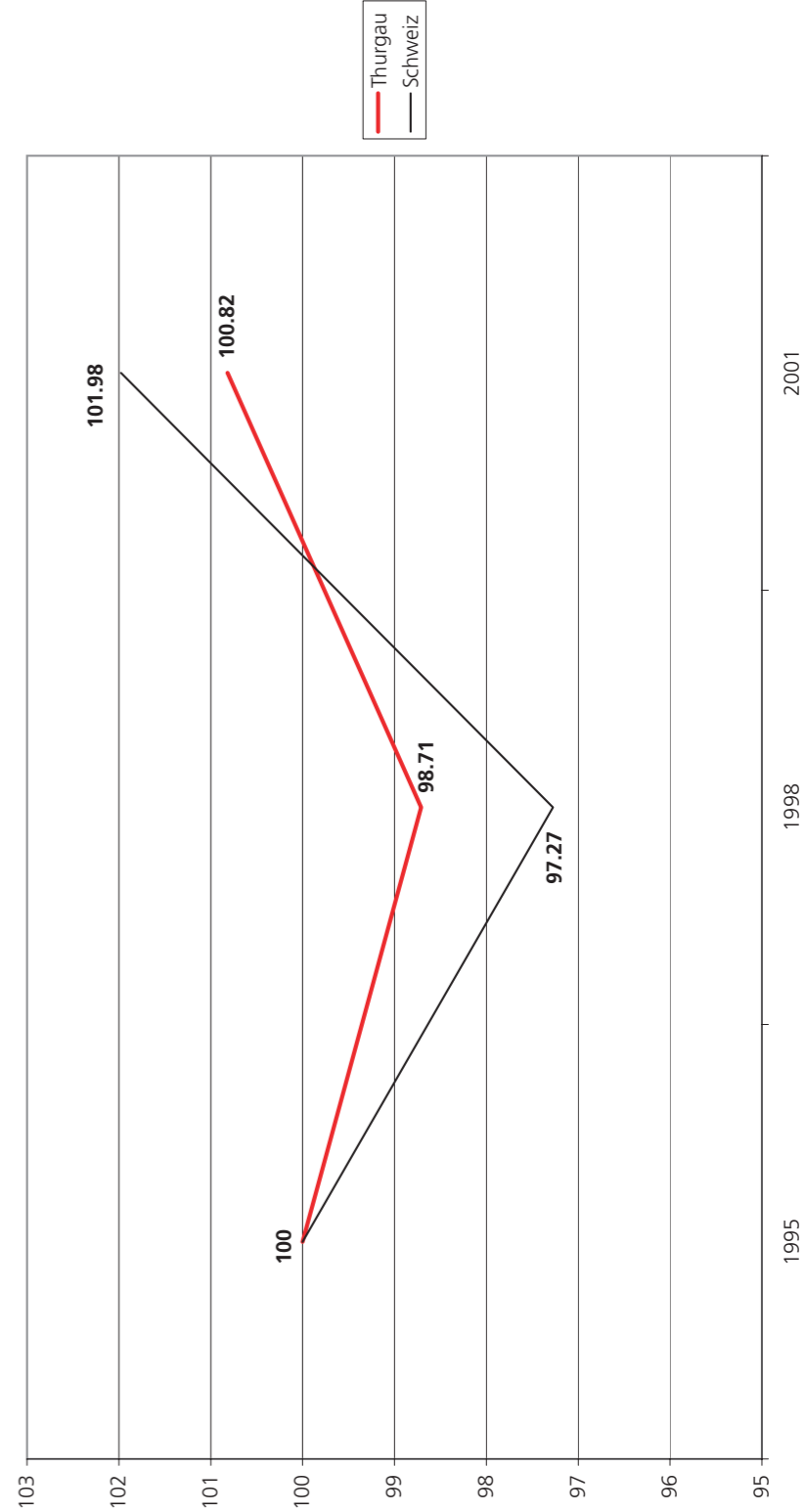
Entwicklung der Beschäftigung seit 1985  
In Anzahl Beschäftigte, Index 1985=100



Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau

Anhang III

Entwicklung der Beschäftigung seit 1995  
In Vollzeitäquivalenten, Index 1995=100

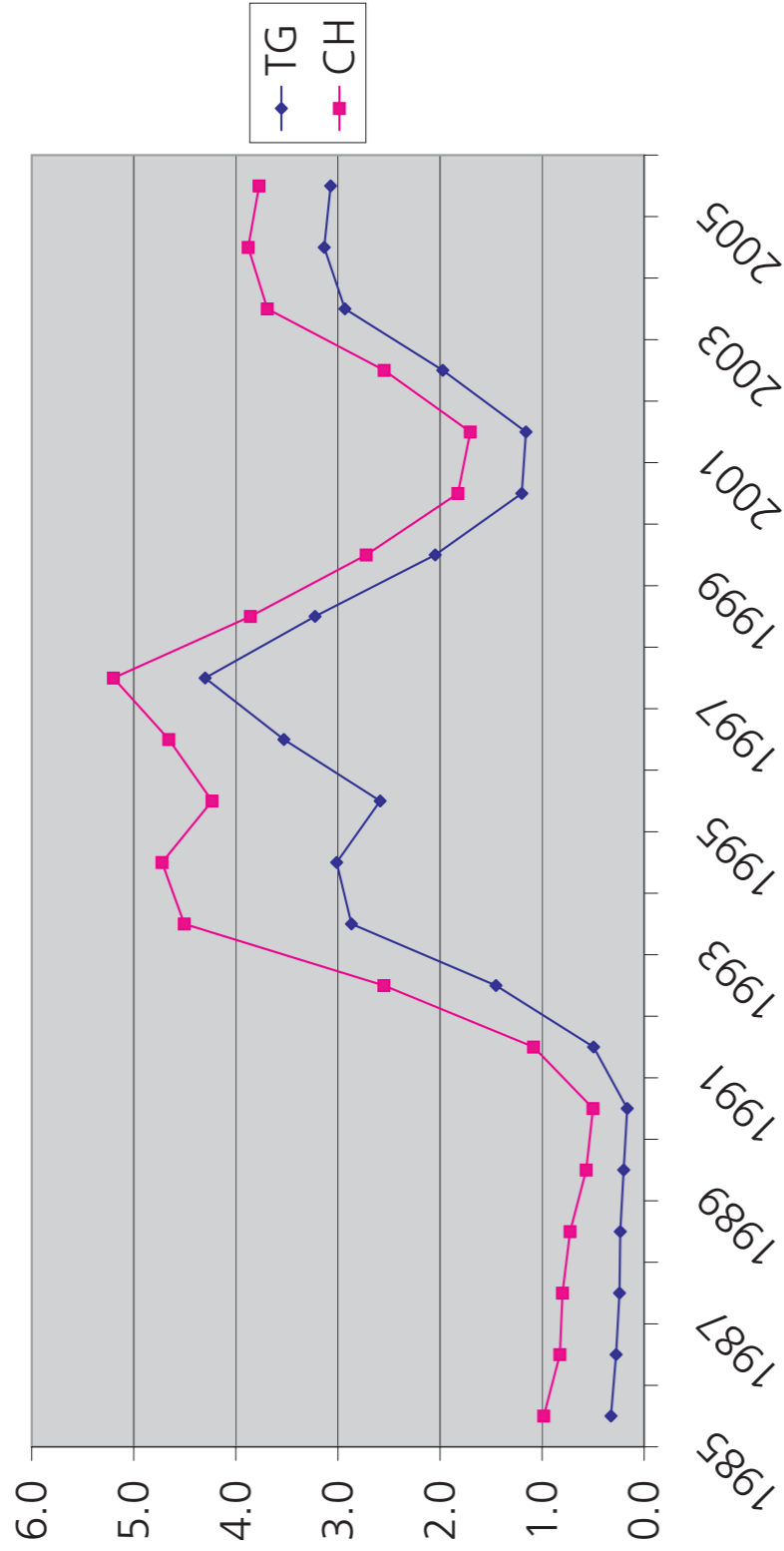


Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau

Anhang IV

Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau

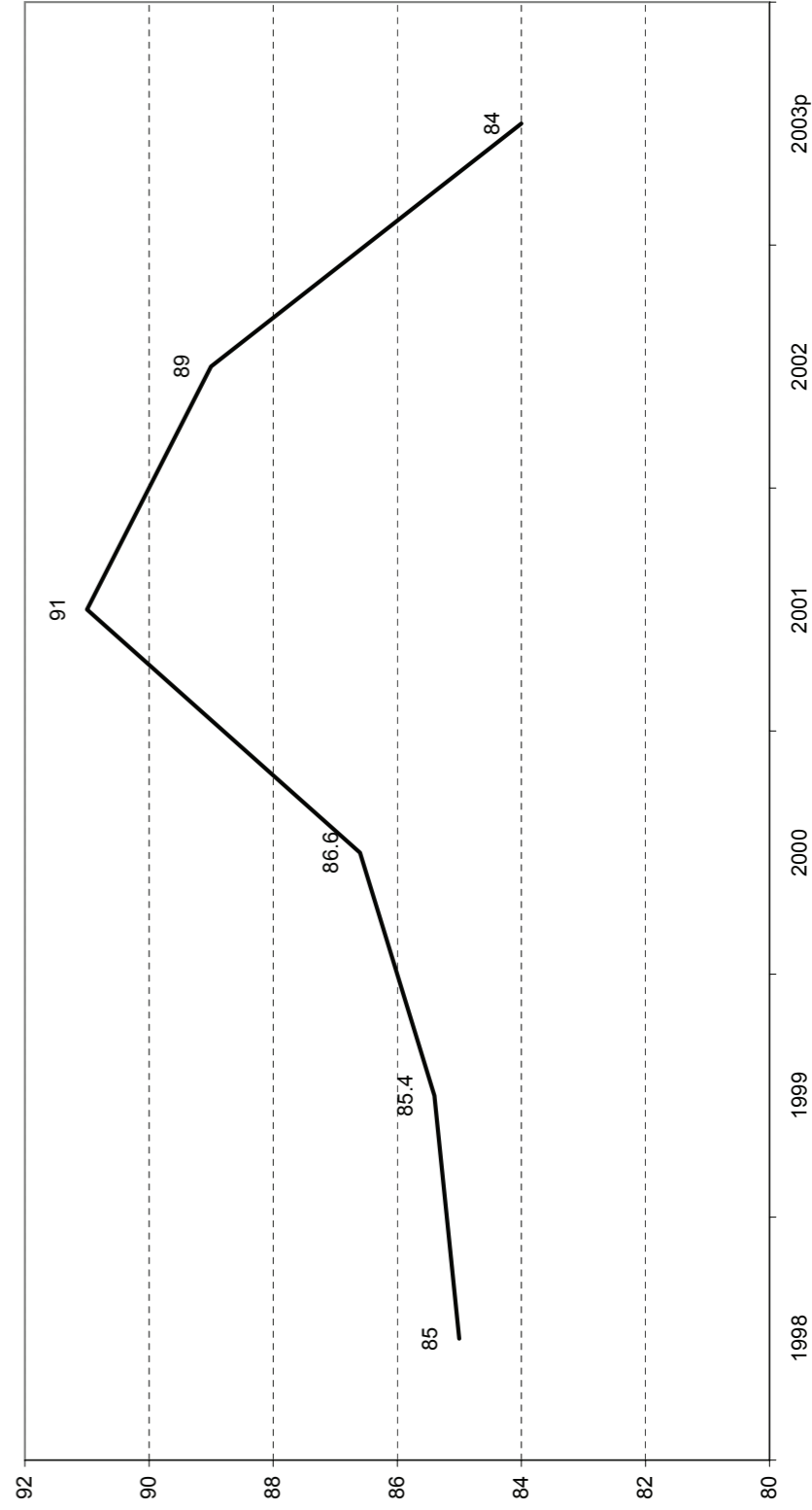
Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitte 1985 – 2005



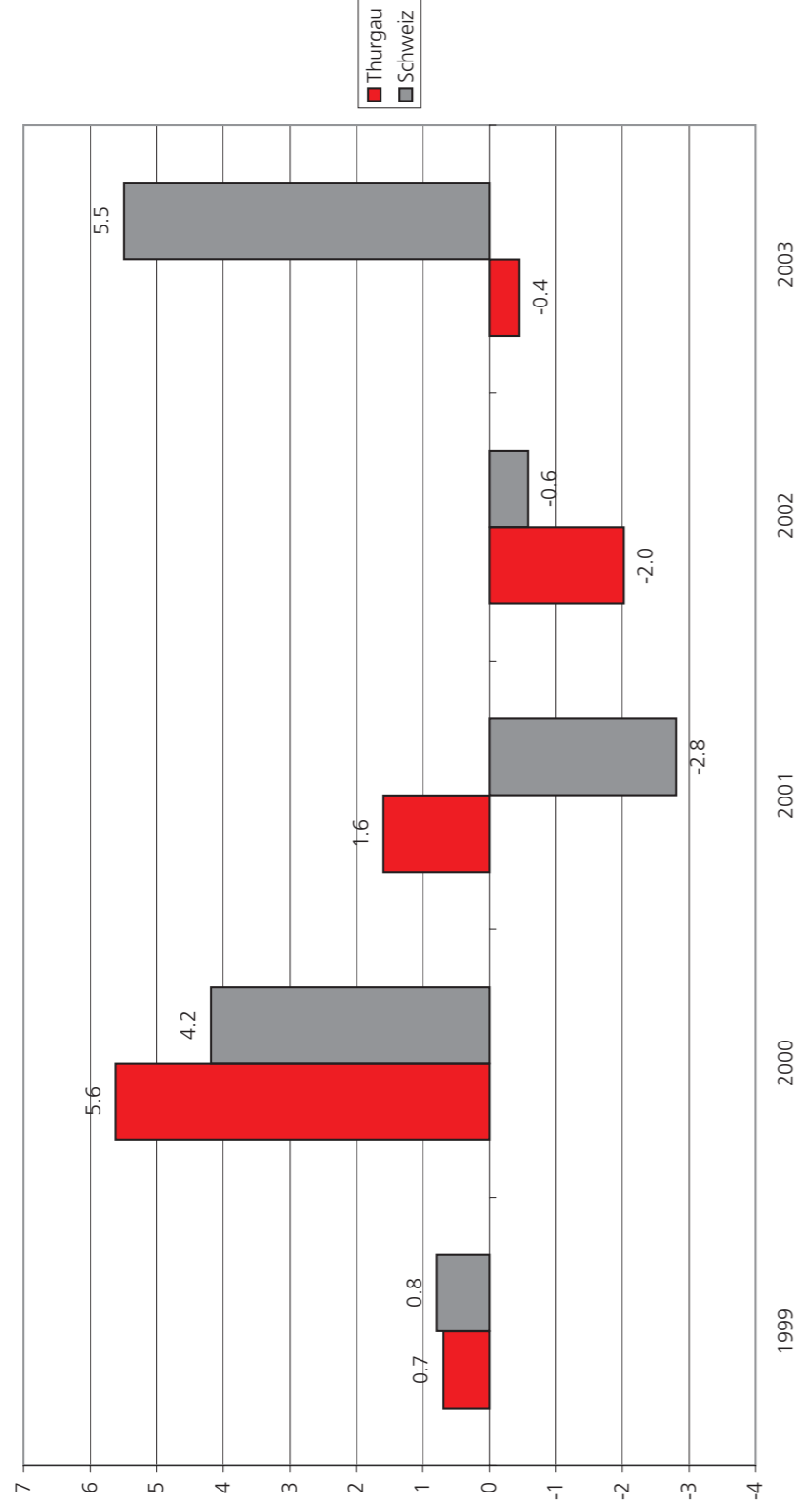
Anhang V

Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau

Entwicklung des Thurgauer Pro-Kopf-Volkseinkommens im Verhältnis zur Schweiz  
Index Schweiz=100



**Entwicklung des Volkseinkommens pro Kopf  
Vorjahresveränderungen in %**



**Chance Thurgau (1996)**

**Anhang VII**

Nr.	Massnahmenvorschlag	Was wurde unternommen und erreicht ?	Erfüllungsgrad	Weiterverfolgung
1	Befristung der Baubewilligungsverfahren	Insgesamt gab es im Bereich «Bauen und Umwelt» 58 verschiedene Verfahren. Die vorgeschlagene Massnahme ist in Zusammenhang mit dem Projekt «Brevi» umgesetzt worden.	100%	-
2	Bekämpfung missbräuchlicher Einsprachen	Siehe Bemerkungen zu Massnahme Nr. 20 in der Chance Thurgau PLUS.	75%	nein
3	Kommunale Musterbauordnung	Das DBU hat eine solche Musterbauordnung zuhanden der Gemeinden erlassen.	100%	-
4	Instruktion der Gemeinden und Planer	Das DBU hat seither intensive Schulungen mit den zuständigen Behörden der Gemeinden und auch für Planer durchgeführt. Gleichzeitig wurden auch Ausbildungsunterlagen erstellt und abgegeben.	100%	-
5	Beschränkung auf technische Überprüfung bei bestimmten Baugesuchen	Vergleiche Ausführungen zur Massnahme 21 der Chance Thurgau PLUS.	75%	nein

6	Wesentliche Senkung der Stromkosten	Erste Stromsenkungen ergab es aufgrund einer Intervention einer Industrie-Gruppe (Grossverbraucher). Auch in den letzten Jahren wurden auf den verschiedenen Stufen Stromsenkungen beschlossen und umgesetzt.	75%	ja, Erweiterung der Zwecksetzung (kommunale Verteiler, Transparenz)
7	Vorbereitende Massnahmen zum raschen Bau der T13	Vergleiche Ausführungen zu Massnahme 7 der Chance Thurgau PLUS.	0%	zu prüfen
8	Ausdehnung der Zollöffnungszeiten	Gestützt auf den Vorschlag wurden die Zollöffnungszeiten ausgedehnt. Zudem wurde die elektronische Verzollung eingeführt.	100%	–
9	Zugehörigkeit des ganzen Kantons zur 40t-Zone	Diese Massnahme wurde umgesetzt, jedoch aber durch das Verkehrsabkommen im Rahmen der Bilateralen I überholt.	100%	–
10	Vorbereitende Massnahmen für den raschen Ausbau der Gemeinschaftszollanlage Kreuzlingen/Konstanz	Nach Beseitigung von Rechtsmittelverfahren wurde die Massnahme umgesetzt.	100%	–
11	Kostengünstige Bereitstellung von Energie	Wurde mit Massnahme 6 zusammengelegt, siehe Ausführungen dort.	75%	ja, Erweiterung der Zwecksetzung (kommunale Verteiler, Transparenz)

12	Intensivierung der Aufsicht über Zweckverbände und Versorgungswerke	In der Praxis fand grossenteils ein Umdenken statt. Die Funktionen in Aufsichtsbehörden werden nicht mehr (nur) nach politischen Kriterien, sondern nach fachlichen Kompetenzen besetzt.	75%	ja, Daueraufgabe
13	Wettbewerbsneutrale staatliche Wirtschaftsförderung	Der Grundsatz der Wettbewerbsneutralität wird weitestgehend eingehalten. Staatliche Bürgschaften werden seit jüngster Vergangenheit praktisch nicht mehr gewährt.	100%	–
14	Bildung eines Risikokapitalpools durch die THK	Aufgrund des Fehlens der kritischen Masse hat die IHK Thurgau nach vertiefter Prüfung das Projekt intern aufgegeben. Jedoch hat die Thurgauer Kantonalbank einen Fonds für Risikofinanzierungen geschaffen. Darüber wurden einige Investitionsprojekte mitfinanziert.	75%	nein
15	Einsetzung einer Wirtschaftsförderungskommission	Die Wirtschaftsförderungskommission hätte unter anderem die Aufgabe gehabt, den IHK-Risikokapitalpool zu leiten. Mit dem Wegfall des Pools war auch die Bildung einer Wirtschaftsförderungskommission nicht mehr nötig. Dagegen wurde durch eine Erweiterung der Tripartiten Kommission alljährlich ein so genannter «Runder Tisch» eingesetzt, an dem auch die Wirtschaftsverbände teilnehmen.	50%	nein
16	Coachingangebot der IHK	Vergleiche Ausführungen zur Massnahme 29 der Chance Thurgau PLUS.	100%	Überprüfung

17	Systematische Überprüfung der Privatisierungsmöglichkeiten von Staatsaufgaben	Die Kantonsexekutive erachtet die Überprüfung von Privatisierungsmöglichkeiten als Daueraufgabe. In Vergangenheit wurden die Spitäler in eine AG ausgegliedert. Die Teilprivatisierung der Thurgauer Kantonalbank wurde vom Volk abgelehnt. Aus Sicht der Wirtschaftsverbände besteht weiterhin Handlungsbedarf.	50%	ja
18	Marktorientierte flexible Entlohnung der Staatsangestellten	Die Massnahme wurde bei der Revision der Besoldungsordnung umgesetzt. Der Beamtensstatus ist abgeschafft worden.	100%	–
19	Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung von Erlassen	Vergleiche Ausführungen zur Massnahme 2 der Chance Thurgau PLUS.	75%	ja, Daueraufgabe
20	Anreiz für arbeitslose Ausländer zur Rückkehr in ihre Heimat	Die Massnahme wurde auf gesamtschweizerischer Ebene teilweise umgesetzt.	75%	–
21	Zulassung von ausländischen Medizinalpersonen	Der Regierungsrat nahm diese Massnahme positiv auf (mit Ausnahme für Humanmedizin). Die Umsetzung der Massnahme ist mit dem Abschluss des Personenfreizügigkeitsabkommens im Rahmen der Bilateralen I und II obsolet geworden.	100%	–

22	Begabtenförderung	Hochbegabte Kinder werden in der Volksschule in ihrer Regelklasse gefördert. Das Instrument der Fördertage läuft aus. Ein Rahmenkonzept für künstlerisch und sportlich besonders Begabte ist in Bearbeitung. Auf der Sekundarstufe II wurde ein Förderungsprojekt aus Kostengründen sistiert, es wurden aber zwei Schulversuche realisiert (zweisprachige Matura, Lehrgang Kunst und Sport).	75%	nein
23	Stärkung und teilweiser Ausbau der Bildungsinfrastruktur	Siehe Bemerkungen zu den Massnahmen 14 und 15 der Chance Thurgau PLUS.	100%	–
24	Förderung der Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Konstanz und des Technologietransfers	Siehe Bemerkungen zu den Massnahmen 14 und 15 der Chance Thurgau PLUS.	100%	–
25	Förderung der Lehrpersonen	Der halbjährige Bildungsurlaub wird relativ häufig zumindest teilweise in der Wirtschaft absolviert.	100%	–
26	Aufgeteilte Auszahlung der Hochschulgeldbeiträge	Die Idee des Splittings war nicht durchführbar, jedoch aber die Differenzierung der Beiträge je nach Studienrichtung.	50%	nein
27	Führung einer kantonalen Mittelschule mit Filialbetrieben	Die Entwicklung lief in die entgegengesetzte Richtung teilautonomer Schulen mit „unternehmerischer Freiheit“ im Rahmen kantonomer Vorgaben. Diese zwingen jedoch zur Zusammenarbeit, der Koordination im Angebot und dem Schülertausch. Die ursprüngliche Zwecksetzung wurde auf einem anderen Weg erreicht.	75%	nein

28	Einführung eines Vorberufspraktikumsjahres	Ein mit dem Vorberufspraktikum nahezu identisches Nachschulpraktikum (Vorlehre) wurde geprüft und teilweise eingeführt.	50%	nein
29	Ausgeglichene Staatsrechnung bis 1999 ohne Erhöhung der Steuern	Die Zielsetzung wurde vom Regierungsrat und vom Grossen Rat konsequent verfolgt und in den letzten Jahren auch erreicht.	100%	–
30	Institutionelle Budgetmassnahmen	Der Massnahmenvorschlag wurde mittels der Budgetrichtlinien umgesetzt. Zudem hat der Regierungsrat gekoppelt an das Wirtschaftswachstum eine Ausgabenplafonierung festgelegt. Für den Abbau der Staatsverschuldung wird jedoch in Zukunft eine Ausgabenplafonierung unter dem Wirtschaftswachstum nötig sein.	100%	ja, Daueraufgabe
31	Einführung einer Ausgabenbremse	Entgegen dem Antrag des Regierungsrates wurden zwei entsprechende Motionen, die wie der Bund und verschiedene Kantone, eine Ausgaben- oder Schuldenbremse einführen wollten, als nicht erheblich erklärt. Auch eine im Jahr 2002 beantragte Schuldenbremse wurde vom Grossen Rat als nicht erheblich erklärt.	0%	nein
32	Änderung der Subventionspraxis	Siehe dazu Bemerkungen zur Massnahme 16 der Chance Thurgau PLUS.	100%	ja, in Einzelfällen
33	Steuerliche Förderung des Risikokapitals	In den letzten Jahren wurde die Kapitalsteuer massiv reduziert. Die Besteuerung tendiert gegen 0; es wird auch nicht ausgeschlossen, dass die Kapitalsteuer mittelfristig abgeschafft wird. Zudem können Betriebe in den Genuss von Steuererleichterungen, wenn sie eine gewisse Anzahl neuer Arbeitsplätze schaffen.	100%	–

34	Reduktion der Ausschüttungsbelastung	Diese jahrzehntelange Forderung der Wirtschaftsverbände ist kürzlich durch eine Steuergesetzrevision umgesetzt worden. Die Wirkung tritt mit dem Jahr 2007 ein.	100%	–
35	Veranlagung der Ausländerträge bei Verwaltungsgesellschaften mit maximal 5%	Diese Massnahme ist ebenfalls praktisch erfüllt. Die Steuerverwaltung nutzt in der Praxis ihren Handlungsspielraum bei bedeutenden Unternehmungen optimal aus.	100%	–
36	Abschaffung der Kirchensteuerpflicht für juristische Personen	Siehe dazu Ausführungen zur Massnahme 19 der Chance Thurgau PLUS.	0%	zu prüfen
37	Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für direkte Erben	Nachdem zunächst die Übertragung von Mehrheitspaketen von juristischen Personen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer privilegiert behandelt wurde, erfolgte später die gänzliche Befreiung von direkten Nachkommen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer.	100%	–
38	Schaffen einer eigenen Aktienbewertungsstelle für nicht börsennotierte Gesellschaften im Kanton Thurgau	Ist in der Praxis umgesetzt worden.	100%	–

Nr.	Massnahmenvorschlag	Was wurde unternommen und erreicht ?	Erfüllungsgrad	Weiterverfolgung
1	Publikation von Kerndaten der Thurgauer Volkswirtschaft	Der Vorschlag wurde umgesetzt. Der Regierungsrat setzte eine Arbeitsgruppe ein, die die Daten und Informationen sondierte und eine Auswahl der zu publizierenden Kerndaten traf. Der vierteljährlich erscheinende Wirtschaftsbarometer und die Publikation «Thurgau in Zahlen» wurden umgestaltet und enthalten nun aussagekräftige Informationen über die Entwicklung der Thurgauer Volkswirtschaft.	100%	–
2	Einführung einer KMU-Verträglichkeitsprüfung	Dieser Vorschlag wirkt auf den ersten Blick unspektakulär. Die administrativen Belastungen behindern jedoch vor allem die KMU sehr stark. Während andere IHK's diese Massnahme seit Jahren als eine ihrer Hauptforderungen erheben und eine gesetzliche Regelung verlangen, verzichteten die Thurgauer Wirtschaftsverbände auf eine gesetzliche Regelung. Der Regierungsrat hat zugesichert bei allen KMU-relevanten Vorlagen standardmässig eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen. Zudem werden die Wirtschaftsverbände regelmässig in den sie betreffenden Bereichen zu Vernehmlassungen eingeladen.	100%	–
3	Erleichterung der Zweitwohnsitznahme durch Ausländer	Der Vorschlag wurde vom Regierungsrat und vom Grossen Rat verabschiedet, jedoch in der Volksabstimmung abgelehnt.	0%	nein

4	Thurgau – Landschaft der Erholung, der Entspannung und der Gesundheit	Thurgau Tourismus setzt das Tourismuskonzept zielstrebig um. Der Kanton hat die Mittel seit dem Jahr 2004 auf jährlich CHF 525'000 erhöht. Gleichzeitig wurde im Jahr 2005 eine gesetzliche Grundlage geschaffen.	100%	ja, unter erweiterten Aspekten
5	Standortmarketing als gemeinsame Aufgabe	Die Koordination der Tätigkeiten der verschiedenen Akteure (Wirtschaftsförderung, Agromarketing, Gastro, Tourismus etc.) auf operativer Ebene ist sofort an die Hand genommen und umgesetzt worden. Die Wirtschaftsverbände wirken auf der strategischen Ebene mit. Der Auftritt wurde unter Miteinbezug der Verwaltung – soweit wie möglich – vereinheitlicht.	100%	ja, Mitwirkung teils auf der operativen Ebene und auf der strategischen Ebene
6	Formulierung einer Eigentümerstrategie für die EKT AG mit dem Netz in Thurgauer Hand	Die Einbringung des Stromnetzes in die Axpo ist verhindert worden. Die geplante Service-Public-Abgabe konnte im Vernehmlassungsverfahren abgewendet werden. Die EKT AG hat ihre Strategie präsentiert. Ein Positionspapier der IHK dazu wurde erarbeitet.	100%	ja, Einflussnahme auf Strategie
7	Verkehrerschliessung Oberthurgau und Mittelthurgau	Die Wirtschaftsverbände waren in massgeblicher Weise an der Entflechtung der verschiedenen Interessen zwischen T13/T14 beteiligt. Regierungsrat und Grosser Rat haben in der Folge zwei Netzbeschlüsse zur T14 und zur Südumfahrung Kreuzlingen verabschiedet. Beide wurden in der Volksabstimmung im September 2005 abgelehnt.	0%	noch zu prüfen
8	Autobahnanschluss Wil-West	Die Stadt Wil priorisiert den Anschluss nicht; ähnlich auch die Gemeinden Rickenbach und Wilen. Die Kantone Thurgau und St. Gallen fordern den Anschluss Wil-West im zuständigen Sachplan Strasse. Der Entscheid des Bundes ist noch offen.	50%	ja

9	Ausbau des Zürcher S-Bahnnetzes ins Thurtal und in den Hinterthurgau	Der Vorschlag ist in der Umsetzung begriffen und bereits weit fortgeschritten. Verzögerungen ergeben sich unter anderem durch Lieferschwierigkeiten seitens der Firma Siemens.	100%	-
10	Bessere Anbindung von Konstanz/ Kreuzlingen an das schweizerische und deutsche Strassen- und Schienennetz	Die Schnellzugsverbindung Zürich-Weinfelden-Konstanz erfolgt seit 2004 im Stundentakt. Das Buskonzept Kreuzlingen-Konstanz ist seit 2004 voll umgesetzt. Die Einflussnahme auf den Ausbau der B33 auf deutscher Seite ist sehr schwierig. Allerdings sind dort in der Planung unterdessen Fortschritte erzielt worden.	90%	ja, auf deutscher Seite über Euregio- Organe
11	Englisch ab 3. Primarklasse	Die Umsetzung ist in Abstimmung mit den Nachbarkantonen und gemäss Beschlüssen der Erziehungsdirektorenkonferenz in Gang. Allerdings ist unterdessen die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» zustande gekommen.	75%	ja, Bekämpfung der Initiative
12	Flächendeckende Informatikausbildung in der Primarschule	Die Informatikausbildung wurde in der Oberstufe realisiert. Die Ausbildung in der Primarschule erfolgt vor allem aus finanziellen Gründen nicht flächendeckend. In der Praxis setzen viele Lehrkräfte informatisierte Lehrmittel und -methoden ein. Die Fachstelle «kick» berät die Primarschulen in Informatikfragen.	75%	nein
13	Sponsoring als Finanzierungsquelle von Schulen	Der Kanton ist offen für den Vorschlag. In der Praxis erfolgte die Beteiligung am Swisscom-Projekt «Schulen ans Netz». Eine gesetzliche Grundlage wird aber nicht geschaffen. Es ist Sache der Schulgemeinden ihren Handlungsspielraum auszunutzen.	100%	-

14	Neue Bildungsangebote sind Teil der Wirtschaftsförderung	Der Kanton hat erhebliche Anstrengungen unternommen. Er konzentriert sich vor allem auf den Bildungs- und Wissensstandort Kreuzlingen (Pädagogische Hochschule, Institute Biotechnologie, Finanzen und Werkstoff, Geschäftsstelle IBH, Sportschule Kreuzlingen, International School Kreuzlingen-Konstanz). Die Zusammenarbeit mit der Universität und Fachhochschule Konstanz wurde intensiviert. Privatfinanzierte Bildungsangebote profitieren von den gleichen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen wie andere Wirtschaftszweige.	100%	ja, ständige Aufgabe, Unterstützung ISKK
15	Formulierung einer integralen Thurgauer Hochschulpolitik	Der Kanton änderte die Kantonsverfassung, schuf ein Tertiär-Bildungsgesetz, baute die Pädagogische Hochschule auf, gründete die Stiftung Wissenschaft und Forschung und die unter Massnahme 14 erwähnten drei Institute. Der Kanton Thurgau ist Mitträger der Fachhochschule Ostschweiz. Dort besteht ein bedeutender Reorganisationsbedarf.	75%	ja, ständige Aufgabe, Mitwirkung bei Reorganisation hochschule Ostschweiz
16	Überprüfung der Subventionspraxis	Der Regierungsrat überprüft die Berechtigung von Beiträgen und Subventionen laufend. Zudem fand eine intensive Überprüfung in Zusammenhang mit der Beantwortung einer Motion statt (Motion Richard Peter). Als zweites Projekt führte der Regierungsrat im Jahr 2005 eine umfassende Leistungsprüfung durch (vergleiche Massnahme 23).	100%	ja, in Einzelfällen
17	Erhebung von Finanzkennzahlen der Gemeinden	Seit 2003 sind die Gemeinden aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes verpflichtet, Kennzahlen zu erheben und dem Kanton mitzuteilen. Die Finanzkennzahlen der Gemeinden werden auf dem Internet und auch in Papierform publiziert. Die Pflicht zur Erhebung für Finanzkennzahlen gilt mittlerweile auch für die Schulgemeinden.	100%	-

18	Einsetzung einer Projektgruppe zur Erarbeitung eines mittelfristigen Steuerkonzeptes	Erstmals sind in den Richtlinien des Regierungsrates für die Legislaturperiode 2004-2008 steuerpolitische Ziele formuliert. Zudem wurden im Sinne einer rollenden Planung zur Revision des Steuergesetzes seit 1999 fünf Teilrevisionen realisiert. Grosse Fortschritte ergaben sich im Bereich der Familienbesteuerung, des Unternehmenssteuerrechts und bei der Besteuerung von Kapitalauszahlungen aus der zweiten Säule.	100%	ja, dauern-der Prozess
19	Aufhebung der Kirchensteuer für juristische Personen	Eine entsprechende Motion wurde vom Grossen Rat 1998 mit grosser Mehrheit als nicht erheblich erklärt. In zwanzig Kantonen wird eine Kirchensteuer für juristische Personen erhoben. Der Regierungsrat lehnt einen Antrag zur Änderung der Kantonsverfassung ab.	0%	zu prüfen
20	Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts	Die Kantone haben einen sehr kleinen Handlungsspielraum, das Verbandsbeschwerderecht einzuschränken. Die Legitimation für das Verbandsbeschwerderecht stützt sich weitgehend auf eidgenössisches Recht. Auf der Stufe Bund sind verschiedene Revisionsbestrebungen in Gang.  Auf kantonaler Ebene sind aufgrund einer im Jahr 2003 eingereichten Motion Änderungen im Planungs- und Baugesetz sowie im Verwaltungsrechtspflegegesetz in Gang. Dabei soll die Einführung und/oder teilweise Erhöhung der Kostenpflicht vorgesehen werden. Nach Gesprächen mit dem zuständigen Departement wird seit Ende 2003 eine generelle Kostenvorschusspflicht im Rekursverfahren angewandt.	75%	nein

21	Lockerung der Ästhetik-Klausel bei Baubewilligungen	Die Anwendung der Ästhetik-Klausel fällt in die Kompetenz der Gemeinden. In den letzten Jahren sind aus der Praxis keine nennenswerten Problemfälle bekannt geworden. In vielen kommunalen Nutzungsordnungen wird auf die Anwendung der Ästhetik-Klausel in Industrie- und Gewerbebezonen verzichtet.	75%	nein
22	Systematische Überprüfung aller kantonalen Rechts-erlasse	Der Kanton hat in den letzten Jahren verschiedene Erlasse aufgehoben oder zusammengefasst. Zudem erfolgt die Überprüfung laufend.	100%	-
23	Überprüfung der Aufgaben und Leistungen des Kantons und der Gemeinden	Nach anfänglichem Zögern wurde eine Leistungsüberprüfung durchgeführt und deren Ergebnisse Mitte September 2005 publiziert. Der Bericht sieht durch Aufhebung und Vereinfachung von Leistungen und Aufgaben jährliche finanzielle Einsparungen zwischen CHF 9,5 Mio. (im Jahr 2006) bis CHF 19,4 Mio. (im Jahr 2009) vor. Einige der vorgesehenen Massnahmen bedürfen allerdings einer Gesetzesänderung.  Analoge Überprüfungen auf Stufe der Gemeinden fehlen noch.	100%	ja, ständige Aufgabe sowie Überprüfung bei Gemeinden
24	Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden – Entflechtung der Finanzströme	Die Überprüfung erfolgte im Rahmen der Behandlung der Motion Peter. Die Finanzausgleichsgesetze für die Politischen Gemeinden und die Schulgemeinden sorgen nun für einen fairen Ausgleich der unterschiedlichen Steuerkraft und der unterschiedlichen Belastungen der Gemeinden. Allerdings wird im Rahmen des neuen Finanzausgleiches zwischen Bund und Kantonen das Verhältnis zwischen den Gemeinden und Kanton in vielen Bereichen wiederum zu prüfen sein.	90%	ja, Umsetzung NFA

25	Optimales Lebens- und Arbeitsumfeld	Ein neues Gesetz über familienergänzende Massnahmen ist im Sinne der Wirtschaftsverbände geschaffen worden. Die Umsetzung fällt weitgehend in die Zuständigkeit der Gemeinden. Zudem bestehen Bemühungen zur Schaffung von Blockzeiten.	100%	Ja, im Rahmen der Schaffung von Tages- und Blockzeiten sowie weiterer familiärer Fördermassnahmen zur Erleichterung der Erwerbstätigkeit
26	Bildung eines Kompetenzzentrums Ernährungswirtschaft	Die Projektleitung liegt beim Thurgauer Bauernverband. Dieser hat ein Vorprojekt durch ein Privatunternehmen ausarbeiten lassen. Das Projekt ist provisorisch durch den Bund genehmigt worden. Die Vertragsunterzeichnung zwischen Kanton und Bund steht noch aus.	25%	ja, Umsetzung des Projektes
27	Motivationspreis Chance Thurgau	Die Stiftung eines Motivationspreises für herausragende unternehmerische Leistungen stammt noch aus der Chance Thurgau. Seither wird der mit CHF 10'000.- dotierte Preis jährlich von der IHK Thurgau, dem Thurgauer Gewerbeverband und der Thurgauer Kantonalbank verliehen.	100%	ja

28	Jährlicher Anerkennungspreis für den besten Schweizer Absolventen der Fachhochschule Konstanz	Aus Anlass des 125-jährigen Jubiläums der IHK Thurgau wurden Mittel zur Verfügung gestellt, um dem jeweilig besten Absolventen oder der besten Absolventin aus der Schweiz an der Fachhochschule Konstanz einen Anerkennungspreis zu verleihen. Der Preisträger bzw. die Preisträgerin werden vom Senat der FH Konstanz auf Antrag einer Fachschaft bestimmt. Gerade kürzlich wurde wiederum der beste Absolvent mit dem Anerkennungspreis in der Höhe von CHF 2'000.- honoriert.	100%	ja
29	Coaching	Das Coaching-Angebot stammt ebenfalls noch aus der Chance Thurgau und wurde im April 1997 lanciert. Die Nachfrage schwankt jährlich stark. In der Tendenz nimmt sie jedoch eher ab. Gegenwärtig laufen Evaluationen über die Weiterführung und/oder die Änderung des Angebotes.	100%	Überprüfung
30	Thurgauer Wirtschaftsforum	Auch das «Thurgauer Wirtschaftsforum» entstand aus der Chance Thurgau heraus. Die Organisation wurde von Anfang an durch ein privates Unternehmen an die Hand genommen. Das «Wirtschaftsforum Thurgau» erlebte jedes Jahr seit seinem Bestehen einen grossen Erfolg. Die Teilnahme von regelmässig über 450 Personen aus Wirtschaft und Politik unterstreicht das Bedürfnis.	100%	ja

